



Unser Ziel: Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Rechtsansprüche auf frühe Bildung und Kinderbetreuung



Die Hamburger SPD hat bereits 2004 durch ein Volksbegehren umfangreiche Rechtsansprüche auf Kindertagesbetreuung (Kita oder Tagespflege) durchgesetzt – gegen den damals CDU-geführten Senat. Die SPD hat auf Bundesebene zudem einen Rechtsanspruch auf eine halbtägige Betreuung in Krippe und Kindergarten für alle Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr an ab August 2013 erwirkt. In Hamburg wird die Einführung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr bereits zum August 2012 vorgezogen und täglich fünf Stunden umfassen.

Bereits ab dem 01.08.2011 gilt – als Teil des „Kita-Sofortpakets“ – der von CDU und GAL gekürzte Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung wieder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr. Im Rahmen des Hamburger Kinderbetreuungsgesetzes (KibeG) besteht damit Anspruch auf Tagesbetreuung in dem zeitlichen Umfang, in dem Eltern wegen Berufstätigkeit, Ausbildung oder Teilnahme an einem Deutschsprachkurs die Betreuung nicht selbst leisten können. Zudem haben Kinder mit „dringlichem sozial bedingtem oder pädagogischen Bedarf“ (KibeG) Anspruch auf Tagesbetreuung in dem zeitlichen Umfang, der es ermöglicht, sie bedarfsgerecht zu fördern.

→ INFO

Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen,
- den E-Mail-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen,
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen,
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen,
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion
Hamburger Rathaus (3. Stock)
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 428 31 13 25, Fax: 428 31 24 35
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Dirk Kienscherf, SPD-Bürgerschaftsfraktion, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Zum Thema



Kita-Gebühren:
Gebühren wieder runter –
Kita-Essen beitragsfrei

Rechtsansprüche:
wieder hergestellt und bald
erweitert

Stark für Familien:
Fachsprecherin Melanie Leonhard
im Interview

Kita-Sofortpaket: Gute Politik für Hamburgs Familien

Gebührenerhöhungen werden zurückgenommen, Rechtsansprüche wieder hergestellt

Das Kita-Sofortpaket ist da: Ab dem Kita-Jahr 2011/2012 werden die Kita-Gebühren wieder gesenkt und die Rechtsansprüche auf Kinderbetreuung wieder hergestellt. Damit erfüllt die SPD eines ihrer Wahlversprechen aus dem Regierungsprogramm und setzt die ersten Punkte aus der Vereinbarung mit dem Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung (LEA) um. Einer der nächsten Schritte ist der zum 01.08.2012 kommende Rechtsanspruch auf eine täglich 5-stündige Betreuung ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr. Zudem werden im Laufe der Legislaturperiode in Kitas in sozialen Brennpunkten mehr Erzieherinnen und Erzieher eingesetzt und das fünfständige Grundangebot wird beitragsfrei.

Hamburgs Schritte zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt

Die SPD will Hamburg zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt machen. In einem ersten aber gleichwohl bedeutsamen Schritt wurden die Kita-Gebührenerhöhungen und die Beschränkungen der Rechtsansprüche durch des CDU/GAL-Senats zurückgenommen. Die Hamburger SPD hatte gemeinsam mit Hamburgs Eltern von Anfang an gegen diese rückschrittliche und gegen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerichtete Politik von CDU und GAL gekämpft.

Die aktuellen Maßnahmen der SPD im Einzelnen:

→ Rücknahme der allgemeinen Erhöhung der Elternbeiträge von

bis zu 100 Euro monatlich,
→ Rücknahme der extremen Gebührenerhöhung für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder,
→ Abschaffung des Essengeldes,
→ Beitragsfreies letztes Kita-Jahr auch für „Kann-Kinder“ und
→ Erweiterung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz wieder bis zum 14. Lebensjahr.

Damit schaffen wir:

→ allein durch die Streichung des Essengeldes für die Eltern von mehr als 70.000 Kindern finanzielle Entlastung,
→ durch die Gebührensenkung für mehr als 19.000 Familien in Hamburg mehr finanziellen Spielraum für die Herausforderungen des Alltags,

→ größere Planungssicherheit und eine erhebliche Verbesserung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
→ die Ungerechtigkeit wieder ab, die Familien mit Kindern mit Behinderungen widerfahren ist.



➔ ZITATE

Zitate von CDU und GAL zu ihren Kita-Gebühren – Erhöhungen und schwarz-grüner Politik

GAL-Fraktionsvorsitzender Jens Kerstan in einer Presseerklärung der GAL-Fraktion vom 13.04.2010 zu den Kita-Gebührenerhöhungen des damaligen CDU/GAL-Senats:

„Die vereinbarten Anpassungen sind notwendig. Wir haben sie sozial verträglich gestaltet und ich halte sie in der nun gefundenen Form für zumutbar.“

GAL-Fachsprecherin Christiane Blömeke im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss vom 25.05.2010 (Wortprotokoll 19/24) zur Gebührenerhöhung und hier zum Thema Rechtsansprüche

„Das eine ist noch mal der Rechtsanspruch für Kinder mit Behinderung. Ich finde diese Diskussion, ob das Ding Rechtsanspruch oder Anspruch heißt oder wie auch immer, das finde ich im Moment wirklich ziemlich irrelevant. [...] Ich würde das auch jetzt für die GAL-Fraktion einfach abschließend so sagen und ich finde jegliche Infragestellung einfach im Moment sinnlos, wenn der Senat (CDU/GAL, Anm. der Red.) diese klare Äußerung öffentlich trifft. Sie ist in Pressemitteilungen nachzulesen.“

Zitat Heiko Hecht (CDU/MdHB) vom 22.02.2011 im Interview mit Herbert Schalthoff (Hamburg):

„Wir haben auch bei vielen Teilen der Bevölkerung – zum Beispiel Eltern mit Kindern – haben wir ja komplett den Anschluss verloren, weil viele unserer Funktionäre [...] gar nicht wissen, was es heißt, in der Kita den Höchstbetrag zu zahlen.“

Zitat Karin Prien (CDU/MdHB) – auf der Mitgliederversammlung der CDU vom 03.03.2011 – laut Bild vom 04.03.2011:

„Wir sind nicht mehr in der Mitte der Gesellschaft präsent.“

Claudia Roth (Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) im Hamburger Abendblatt vom 02./03.04.2011:

„Till Steffen und die GAL müssen sich jetzt darauf konzentrieren, eine gute Opposition zu machen – und aufzuarbeiten, was in der Regierungszeit mit der CDU hätte anders laufen können.“

Das Interview

Dr. Melanie Leonhard, 34 aus Harburg, ist neu in der Hamburgischen Bürgerschaft und Fachsprecherin für Familie, Kinder und Jugend.



Frage: Frau Leonhard, Sie wurden von Ihrer Fraktion zur Fachsprecherin für Familie, Kinder und Jugend ernannt. Welche Erfahrungen haben Sie in diesem Bereich?

Leonhard: Ich war vor meiner Kandidatur für die Hamburgische Bürgerschaft sechs Jahre lang Mitglied der Bezirksversammlung Harburg, konnte also schon parlamentarische Erfahrungen sammeln. Durch meine Tätigkeit im Jugendhilfeausschuss in Harburg war ich mit vielen sozialpolitischen Leitfragen einer Metropole wie Hamburg zwar bereits vertraut, konzentrierte mich aber auf deren Auswirkungen und auf Lösungen für meinen Bezirk. Die Arbeit in der Bürgerschaft stellt fachlich und organisatorisch neue Anforderungen an mich. Es gilt anders als bisher auch immer die gesamtstädtische Entwicklung im Blick zu behalten. Der Austausch mit Gesprächspartnern vor Ort in meinem Stadtteil bleibt wichtig, aber es kommen viele neue Partner hinzu, die ihre Themen und ihre Arbeit mit mir diskutieren wollen. Auch ist die Vereinbarung von Beruf und Mandat eine andere Herausforderung als zu meiner Zeit als Bezirksabgeordnete.

Wie bewerten Sie das Kita-Sofortpaket der SPD ganz persönlich?

Mit Hilfe dieses Pakets wird der bildungs- und integrationspolitische Irrweg von CDU und GAL beendet. Wir setzen hier eine echte Priorität – und halten, was wir versprochen haben. Gute und bezahlbare Kinderbetreuung zu ermöglichen ist eine der wichtigsten Aufgaben, um eine Metropole wie Hamburg zukunftsfähig zu machen. Nach meiner Überzeugung spielt die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung eines lebenswerten Hamburgs.

Sie wirken eher zurückhaltend, als Fachsprecherin stehen Sie immer wieder im Rampenlicht – fühlen Sie sich dabei unwohl?

Nein, ich fühle mich nicht unwohl, dennoch habe ich schon noch so etwas wie Lampenfieber, wenn ich beispielsweise in der Bürgerschaft eine Rede halte. Das wird mit größerer Routine sicher weniger. Im politischen Alltag verfolge ich streng die Regel „Sprich, wenn Du etwas zu sagen hast“. In sachlichen Auseinandersetzungen scheue ich allerdings auch keine Konflikte. Mir ist wichtig, dass ich auch bei schwierigen Diskussionen, bei aller Leidenschaft, das eigentliche Ziel nicht aus den Augen verliere. Wichtig ist, sich stets bewusst zu sein: „Es geht hier nicht um mich, es geht um die Sache“.

Was machen Sie zum Ausgleich von Job und Politik?

Ich koche sehr gern und bin eine leidenschaftliche Kinogängerin. In den wenigen freien Momenten probiere ich gern neue Rezepte aus, dabei bekomme ich den Kopf frei und mir kommen oft neue Ideen. Besonders angetan hat es mir die herzhafteste, regionale Küche. Nach einem guten Essen und einem spannendem Film kann ich mich wieder besser auf die Herausforderungen meines Alltages konzentrieren.

Welche Anregungen haben Sie für unsere Kita-Politik?

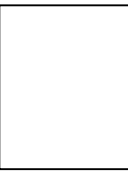
Die SPD-Fraktion Hamburg setzt sich für gute und bezahlbare Kitas ein. Wir haben unter anderem die Erhöhung der Kita-Gebühren durch CDU und GAL zurückgenommen und das Essengeld gestrichen. Ab August 2012 haben alle Kinder ab zwei Jahren Anspruch auf einen Kita-Platz.

Telefon: (0 40) 4 28 31 - 13 25 · info@spd-fraktion.hamburg.de · www.spd-fraktion-hamburg.de



V.i.S.d.P. Dirk Kienschnerf. Rathausmarkt 1 · 20095 Hamburg · www.spd-fraktion-hamburg.de

Antwortkarte



SPD-Bürgerschaftsfraktion
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg

Frühe Bildung und Betreuung weiter voranbringen – zusammen mit Hamburgs Eltern

Melanie Leonhard, Fachsprecherin der SPD-Fraktion für Familie, Kinder und Jugend: „Die Gebührensenkungen und die Wiederherstellung der Rechtsansprüche sind sehr wichtig für Hamburgs Familien. Die SPD wird aber nicht damit stehenbleiben, Fehler des abgewählten CDU/GAL-Senats zu beseitigen. Wir werden vielmehr die weiteren Schritte aus unserem Regierungsprogramm und aus der Vereinbarung mit dem LEA umsetzen.“ Einer der nächsten Schritte sei der zum 01.08.2012 kommende Rechtsanspruch auf eine täglich 5-stündige Betreuung ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr, so Leonhard: „Dieser Punkt ist bildungs- und integrationspolitisch sehr bedeutend und er steht im Haushaltsplan für 2012.“



Leonhard unterstrich das Vertrauensverhältnis zwischen SPD und Landeselternausschuss (LEA) als auch den konstruktiven und vertrauensvollen Aus-

tausch zwischen dem LEA und der jetzt SPD-geführten Sozialbehörde. „Die Zurücknahme der Kita-Volksinitiative durch den LEA ist Ergebnis einer Po-

litik, die verlässlich ist und zu ihren Zusagen steht. Und diese Zusagen sind inhaltlich unsere kinder- und familienpolitische Überzeugung.“

Ziel von SPD-Fraktion und Senat ist es, Hamburg zur familienfreundlichsten Stadt zu machen. Dieses ist ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Politik. Kaum 100 Tage nach dem Regierungswechsel wurden bereits wichtige Beschlüsse für Hamburgs Familien gefasst und umgesetzt. Im Laufe der Legislaturperiode werden mehr Erzieherinnen und Erzieher in sozialen Brennpunkten eingesetzt und das fünfstündige Grundangebot wird beitragsfrei.